

Manuskript

Beitrag: Scholz und die Steuertransparenz – EU-Pläne für Großkonzerne

Sendung vom 31. Juli 2018

von Michael Haselrieder und David Wünschel

Anmoderation:

Die EU will transparent machen, wo internationale Konzerne wie Apple oder Ikea wie viel Gewinn verbuchen und wie sie ihn versteuern. Das soll helfen, Steuerschlupflöcher zu schließen und war auch eine Forderung der SPD im Wahlkampf. Jetzt ist einer von der SPD Bundesfinanzminister und, siehe da, er bremst das Vorhaben. Michael Haselrieder prüft die Blockadehaltung auf SPD-Verträglichkeit.

Text:

Apple, Starbucks, IKEA, Google, Amazon - globale Konzerne, die eines gemeinsam haben: In Europa verdienen sie viel Geld, zahlen aber wenig Steuern.

50 bis 70 Milliarden Euro Steuereinnahmen entgehen den EU-Staaten pro Jahr, schätzt die EU-Kommission. Sie will deshalb mehr Transparenz im Kampf gegen Steuervermeidung. Eine gute Idee, fand auch die SPD und stimmte im Europa-Parlament dafür.

Künftig sollen nicht nur die Steuerbehörden wissen, in welchem Land, Großkonzerne wie viel Gewinn verbuchen und wie viel Steuern zahlen, sondern auch die Öffentlichkeit. Dazu sind bisher nur Banken verpflichtet.

***O-Ton Kevin Kühnert, SPD, Bundesvorsitzender Jusos:
Diese Transparenzrichtlinie wäre ein ganz wichtiger Schritt, um mal in Erfahrung zu bringen, wo verschleiern Großkonzerne eigentlich, wie sie versteuern. Wir haben das bei einer großen britischen Bank vor einiger Zeit gesehen, bei der offengelegt worden wurde, dass sie zwar nur einen Bruchteil ihrer Beschäftigten in Ländern wie der Schweiz oder Luxemburg hat, dort aber ein Großteil der Versteuerung tatsächlich vornimmt. Und das ist ein großer wichtiger Beitrag dazu gewesen, die zu mehr Steuerehrlichkeit zu zwingen.***

Jetzt stellt die SPD den Finanzminister. Olaf Scholz könnte sich für mehr Steuertransparenz einsetzen. Bei seinem ersten Auftritt im Europäischen Parlament klang das dann so:

O-Ton Olaf Scholz, SPD, Bundesfinanzminister, am 12.7.2018:

Deshalb plädiere ich für ein sehr vorsichtiges Vorgehen, das am Ende ein effizientes Instrument herstellt, das aber von den Unternehmen und von den verschiedenen Ländern, die wir brauchen, damit das international stattfindet, auch akzeptiert wird – und bekenne mich ausdrücklich zu einem so vorsichtigen Weg.

Damit liegt der SPD-Minister auf Linie der deutschen Wirtschaft. Die wehrt sich gegen mehr Transparenz, befürchtet Wettbewerbsnachteile.

O-Ton Kevin Kühnert, SPD, Bundesvorsitzender Jusos:
Wenn sich Eindrücke verdichten, dass es da auch eine intensiven Austausch auch gab, mit den Konzernspitzen, und die gesagt haben – Siemens und Co. – das können wir uns eigentlich nicht so gut vorstellen, wir möchten ungerne europaweit offenlegen, wo wir versteuern und auf welcher Grundlage, dann bedient das genau wieder dieses Bild von einer Großindustrie, die sich entkoppelt hat von politischer Regulierung.

Im Wahlkampf hatte die SPD noch gegen internationale Großkonzerne gewettert.

O-Ton Martin Schulz, SPD, Kanzlerkandidat, am 6.2.2017:
Wenn der kleine Bäckerladen anständig und selbstverständlich seine Steuern zahlt und dadurch unser Gemeinwesen finanziert, der globale Kaffeekonzern sich aber davor drückt und seine Gewinne in irgendwelche Steueroasen bringen kann, dann geht es nicht gerecht zu.

Auch im Koalitionsvertrag macht sich die SPD gemeinsam mit CDU und CSU für mehr Steuerfairness stark:

„Wir unterstützen ausdrücklich alle Bemühungen für eine gerechte Besteuerung großer Konzerne“.

Und: Die SPD hat das Finanzressort von der CDU übernommen. Was ändert sich jetzt?

O-Ton Olaf Scholz, SPD, Bundesfinanzminister, am 22.3.2018:

Ich habe auch überall in Europa gesagt, ein deutscher Finanzminister ist ein deutscher Finanzminister, egal welches Parteibuch er hat. Und ich glaube, die Botschaft ist

gut angekommen.

***O-Ton Kevin Kühnert, SPD, Bundesvorsitzender Jusos:
Es ist eine grundsätzliche Herausforderung, was die
Glaubwürdigkeit der SPD angeht, dass wir deutlich machen
müssen, es macht eben Unterschiede, ob in Ministerien
Sozialdemokratinnen, Sozialdemokraten sitzen oder
Mitglieder der CDU/CSU. Und wenn nach weiteren drei
Jahren Bundesregierung die Bilanz so sein sollte wie im
Moment, dass wir bei der Transparenz in punkto
Steuergerechtigkeit in Europa nicht vorangekommen sind,
dann wäre das eine verheerende Bilanz.***

Noch drei Jahre Zeit für die SPD an ihrer Glaubwürdigkeit zu arbeiten. Derzeit steht die Partei in Umfragen bei 18 Prozent.

Zur Beachtung: Dieses Manuskript ist urheberrechtlich geschützt. Der vorliegende Abdruck ist nur zum privaten Gebrauch des Empfängers hergestellt. Jede andere Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung des Urheberberechtigten unzulässig und strafbar. Insbesondere darf er weder vervielfältigt, verarbeitet oder zu öffentlichen Wiedergaben benutzt werden. Die in den Beiträgen dargestellten Sachverhalte entsprechen dem Stand des jeweiligen Sendetermins.